94. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2017

am 6. / 7. Dezember 2017 in Potsdam

TOP 6.18

Aufbau tariflicher Strukturen für den sozialen Sektor

Antragsteller: Berlin, Brandenburg, Bremen,
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,
Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Thüringen

Die ASMK hat einstimmig beschlossen:

1. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder stellen fest, dass Tätigkeiten in von den Büchern des Sozialgesetzbuchs erfassten Bereichen zentrale und wichtige gesellschaftliche Aufgaben betreffen und der soziale Sektor eines der größten Arbeitsfelder in Deutschland darstellt.
2. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder sehen mit Sorge, dass im von starkem Wettbewerb geprägten sozialen Sektor noch zu oft unzureichende Arbeitsbedingungen herrschen. Hier bedarf es nach ihrer Ansicht dringend eines Paradigmenwechsels. Die verantwortungsvollen und schwierigen Aufgaben müssen sich – auch bezüglich der Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts – in Anerkennung und Wertschätzung widerspiegeln.
3. Sie sehen daher die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen im sozialen Sektor deutschlandweit flächendeckend zu verbessern. Punktuell vorhandene Regelungen wie der Pflege- und der Weiterbildungsmindestlohn reichen – auch vom Betrag her – nicht aus, um die – gerade im Pflegebereich - oftmals psychisch und physisch belastende Arbeit angemessen zu vergüten.
4. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder halten die Schaffung bundesweiter tariflicher Strukturen, die idealerweise

einer Allgemeinverbindlicherklärung zugänglich sind, für die beste Lösung. Dies liegt allerdings in der alleinigen tarifautonomen Entscheidung der Sozialpartner.

5. Sie sind jedoch der Auffassung, dass es trotzdem staatliche Aufgabe ist, das Ziel der Schaffung tarifvertraglicher Strukturen im Interesse sowohl der Beschäftigten als auch der Klientel im sozialen Sektor moderierend zu begleiten, dafür zu werben und gegebenenfalls die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu verbessern.
6. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder fordern daher die Bundesregierung auf,
  - a. Kommunikationsstrukturen zu schaffen, um mit den (potentiellen) Sozialpartnern im sozialen Sektor den Austausch über die Schaffung und den Ausbau von sozialpartnerschaftlichen Verbandsstrukturen zu befördern.
  - b. zu prüfen, ob und wie einheitliche tarifliche Strukturen im sozialen Sektor unterstützt werden können; gegebenenfalls auch durch Änderung des Rechtsrahmens. Dazu gehört auch, nach dem Vorbild bisher nur einzelner Bücher des Sozialgesetzbuchs umfassend zu regeln, dass die Bezahlung tariflich vereinbarter Vergütungen im Rahmen der Verhandlung von Pflegesätzen und Entgeltvereinbarungen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden kann.
7. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder sehen es als erforderlich an, diese vielschichtige Problematik in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe gemeinsam zu erörtern und zu begleiten.